

MISSTRAUENSANTRAG

gem. §26 iVm § 55 GOG-NR

der Abgeordneten KO Herbert Kickl, Dr. Dagmar Belakowitsch
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Versagen des Vertrauens gegenüber der Bundesregierung**

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage des Abgeordneten Herbert Kickl an den Bundeskanzler betreffend „Ist diese Bundesregierung noch handlungsfähig?“ in der 103. Sitzung des Nationalrates, XXVIII. GP, am 15. Oktober 2026

Eine Regierung, die einen „Herbst der Ergebnisse“ verspricht, sich dann aber in internen Streitigkeiten, Personaldebatten und Koordinierungsschleifen verliert, während dem Land seine wirtschaftliche Substanz wegbricht, hat keine Daseinsberechtigung. Sie ist nicht mehr handlungsfähig – sie ist nur noch im Amt.

Die Ursache dieser Lähmung liegt in der Entstehungsgeschichte der Koalition selbst. Die Regierungsparteien haben sich nicht zusammengefunden, weil sie ein gemeinsames Projekt für Österreich verbindet, sondern weil sie ein gemeinsames Ziel hatten – nämlich die Verhinderung einer Regierung unter Führung der FPÖ, die bei der Nationalratswahl 2024 mit Abstand stärkste Kraft wurde. Eine Koalition, deren einzige Geschäftsgrundlage die Abwehr des Wahlsiegers ist, hat am Tag ihrer Angelobung ihren Zweck bereits erfüllt und seither keinen neuen gefunden. Fundament jeder seither zu treffenden Entscheidung bildet der kleinste gemeinsame Nenner. Der von Christian Stocker, Andreas Babler und Beate Meisl-Reisinger zum Selbstzweck erhobene Kompromiss ist in Wahrheit die Formel für Stillstand. Wie weit die daraus resultierende Lähmung fortgeschritten ist, zeigt eine Zahl, die das Ausmaß der Blockade schonungslos offenlegt: So stecken derzeit 96 Vorhaben der Bundesregierung in der Koordinierung zwischen den Koalitionspartnern fest – Regierungsvorlagen und Verordnungen, die von einem Ressort ausgearbeitet wurden, aber von zumindest einem Koalitionspartner blockiert werden.¹

Die ÖVP trägt die Hauptverantwortung für diese Lage. Christian Stocker ist Bundeskanzler geworden, ohne jemals als Spitzenkandidat zur Wahl gestanden zu sein. Er führt eine Partei, die bei der Nationalratswahl 2024 über elf Prozentpunkte verloren hat, und er regiert auch mit einem Koalitionspartner, der sich derzeit selbst zerlegt. Es entsteht unweigerlich der Eindruck, dass für die ÖVP Kanzlerposten und die Ministerien mehr zählen als der Zustand der Republik. Sie hält an einer Regierung fest, von der sie selbst nicht mehr glaubt, dass sie funktioniert, weil die Alternative der Verlust der Macht wäre. Das ist nicht Verantwortung, das ist Machterhalt um jeden Preis.

Besonders deutlich wird der Zerfall der Koalition am Zustand der SPÖ. Seit Wochen wird in der Sozialdemokratie offen über die Ablöse des Parteivorsitzenden und Vizekanzlers Andreas Babler gefeilscht. Landesparteiobleute, Gewerkschafter und Bürgermeister stellen seine Führung offen in Frage, die Partei liegt in Umfragen bei

¹ <https://www.heute.at/s/herbst-der-ergebnisse-doch-96-vorhaben-stecken-fest-120261829>
(aufgerufen am 14.10.2026)

zwölf Prozent,² so niedrig wie nie zuvor in der Zweiten Republik. Dass Babler trotzdem bis auf weiteres im Amt bleibt, verdankt er nicht dem Vertrauen der Bevölkerung, sondern einem Parteistatut, das seine Abwahl nur unter hohen Hürden ermöglicht. Was sich in der SPÖ abspielt, ist ein Richtungs- und Machtkampf auf Kosten der Republik. Eine Partei, die nicht einmal ihre eigenen Personalfragen klären kann, soll das Land durch die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten führen.

Die NEOS wiederum, die sich als „Reformkraft“ in der Koalition verkaufen wollen, haben sich längst in die Rolle des stillen Mehrheitsbeschaffers gefügt. Jede Belastung und jede Gebührenerhöhung wurde mitgetragen, und von den angekündigten Strukturreformen, insbesondere in der Verwaltung, ist nichts umgesetzt. Wer als selbsternannte Reformpartei in eine Regierung geht und nach eineinhalb Jahren nichts vorzuweisen hat, ist nicht Reformkraft, sondern Feigenblatt.

„Jetzt das Richtige tun. Für Österreich.“ lautet der Titel, den ÖVP, SPÖ und NEOS ihrem Regierungsprogramm gegeben haben. Was in der aktuellen Situation das Richtige wäre, haben die Österreicher in Umfragen klar zum Ausdruck gebracht: Laut einer aktuellen Umfrage trauen nur noch 29 Prozent der Befragten der Bundesregierung zu, die wichtigsten Probleme des Landes wirksam zu lösen. Fast zwei Drittel haben den Glauben verloren.³ Das Vertrauen in die Koalition sinkt immer weiter. Nur mehr sechs Prozent der Österreicher trauen der Regierung zu, dass sie wichtige Reformen bis zum Ende der Legislaturperiode 2029 „auf jeden Fall“ umsetzt.⁴ Generell bleibt die Stimmungslage in Österreich eine negative, so blicken nur 26 Prozent mit Optimismus in die Zukunft – fast die Hälfte, nämlich 48 Prozent, sagen, dass sie pessimistisch sind, wenn sie an die nächsten Monate denken. Selbst zu Zeiten der Corona-Lockdowns waren die Menschen deutlich optimistischer als jetzt. So unterschritt die Anzahl der Optimisten im Corona-Jahr 2021 nie die 30-Prozent Marke.⁵ Will die Bundesregierung den Österreichern wieder eine positive Zukunftsperspektive geben, muss sie jetzt tatsächlich das Richtige tun. Es genügt nicht sich hinter schönen Worten und einem Regierungsprogramm, das nicht mehr abgearbeitet werden wird, zu verstecken. Das Richtige zu tun bedeutet, den Weg für Neuwahlen freizumachen, wenn man nicht mehr handlungsfähig ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesregierung und den Staatssekretären wird gemäß Art. 74 Abs. 1 iVm Art. 78 Abs. 2 B-VG durch ausdrückliche Entschließung des Nationalrats das Vertrauen versagt.“

² <https://www.krone.at/4325347> (aufgerufen am 14.10.2026)

³ <https://www.krone.at/4331385> (aufgerufen am 14.10.2026)

⁴ <https://www.heute.at/s/tiefpunkt-65-prozent-vertrauen-regierung-nicht-mehr-120262503> (aufgerufen am 14.10.2026)

⁵ <https://www.derstandard.at/story/3000000343045/waehler-von-oevp-spo-e-und-neos-mit-arbeit-der-regierung-nur-teilweise-zufrieden> (aufgerufen am 14.10.2026)

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-16T13:38:38+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	